

3. Die politische Entwicklung in den Dreißigerjahren

Hoffnungen in eine Diktatur

Angesichts des erwähnten vernichtenden Urteils der britischen Botschaft über den jugoslawischen Parlamentarismus erstaunt es nicht, dass die Briten – und nicht nur sie – der am 6. Januar 1929 ausgerufenen Königsdiktatur durchaus einiges abgewinnen konnten. Der neue Gesandte Nevile Henderson sah sie als notwendiges und zeitlich befristetes Übel, damit Jugoslawien endlich ein Fundament erhalte. Allgemein sei nun ein Fortschritt zu beobachten, denn das Regime führe endlich das aus, wovon das Parlament immer nur geredet habe.¹ Und in der Tat kam endlich die Gesetzgebung voran. Die *skupština* hatte überaus langsam gearbeitet: 1925 waren dreizehn Gesetze verabschiedet worden, 1926 neunzehn, 1927 vierzehn, 1928 immerhin einundfünfzig. Und das in einem Staat, in dem mehrere ererbte Rechtssysteme nebeneinander existierten und für Ungleichheit und Unmut sorgten. Jetzt wurden allein 1929 per Dekret zweihundert teilweise längst fällige Gesetze erlassen. Zu den wichtigsten Schritten gehörte die Vereinheitlichung des Straf- und Zivilgesetzbuches und der Steuern.

Durch die Abschaffung ganzer Ministerien und die Entlassung von Beamten wurde versucht, den aufgeblähten Verwaltungsapparat zu redimensionieren. 1925 hatte die Bürokratie 280.000 Angestellte – pro Kopf der Bevölkerung doppelt so viele wie Bulgarien.² Die Korruption, ein weiteres immer wieder beklagtes Übel, soll auf den unteren Ebenen im ersten Jahr der Herrschaft Alexanders bereits beträchtlich abgenommen haben. Die Schließung zahlreicher Gymnasien verfolgte den Zweck, die Zahl der Intellektuellen (und somit der Anwärter auf Beamtenstellen) abzubauen.³ Als größte innenpolitische Errungenschaft betrachtete der britische Gesandte die Einführung der Banschafträte, was in Richtung größerer lokaler Selbstverwaltung gehe. Nevile Henderson zollte dem König zudem Bewunderung für seinen Idealismus und das Visionäre des von ihm vertretenen Jugoslawentums.⁴ Der König versuchte auch, den direkten Kontakt zu seinem Volk herzustellen und zu zelebrieren. An der Jahreswende 1929/1930 empfing er Hun-

1 Britanci 1, S. 643–644.

2 Lampe, Belated modernization, S. 41.

3 Britanci 1, S. 590–591. Jahresbericht für 1929.

4 Ebd., S. 643–645. Jahresbericht für 1930.

derte von Delegierten aus allen Landesteilen.⁵ Am 19. Januar 1930 besuchten ihn und die Hauptstadt Bauern und Bäuerinnen aus Kroatien, die vom Bruder und vom Neffen Radićs angeführt wurden⁶ – ein Akt, der die Versöhnung mit den Kroaten symbolisieren sollte.

In Tat und Wahrheit fand in der Königsdiktatur eine weitere Zentralisierung statt. Mit Gesetz vom 3. Oktober 1929 wurden neue Verwaltungseinheiten eingeführt, nämlich die neun Banschaften Drau, Save, Küstenland, Vrbas, Drina, Donau, Morava, Zeta und Vardar, an deren Spitze je ein vom König eingesetzter Ban stand, sowie die Präfektur Belgrad. Die Vardar-Banschaft war mit 36.672 km² flächenmäßig die zweitgrößte und lag 1931 im Hinblick auf die Bevölkerungszahl mit 1,57 Millionen Einwohnern an dritter Stelle. Ihr größter Bestandteil war Vardar-Makedonien mit einer Fläche von rund 25.000 km² (68 Prozent der Banschaftsfläche) und einer Einwohnerzahl von 950.000 (60,5 Prozent); daneben umfasste sie das südliche Serbien und Teile Kosovo-Metochiens. Die Einteilung in Kreise (*srezovi*) blieb die gleiche wie in den Zwanzigerjahren.⁷

Mit der Verfassung von 1931 wurde der Banschaftsrat theoretisch von einem eingesetzten zu einem gewählten Gremium, das Gesetze für die Banschaft erlassen konnte und das Budget beriet. De facto wurden gesetzlich festgelegte Selbstverwaltungsrechte der Banschaften nicht gewährt. So sollten gemäß Gemeindegesetz von 1933 und Stadtgemeindegesetz von 1934 die Organe auf lokaler Ebene vom Volk in öffentlichen Wahlen bestimmt werden, wurden aber 1939 immer noch von oben eingesetzt. Die Beschlüsse der Gemeindeexekutiven konnten von den übergeordneten Stellen kassiert werden, wenn sie für den Staat »schädlich« waren.⁸ 1933 war ein angekündigtes Gesetz über größere Autonomie der Banschaften seit einem Jahr fertig, wurde aber dem Parlament nicht vorgelegt.⁹

Der 1929 abtretende britische Botschafter Howard Kennard war in seiner Beurteilung der Königsdiktatur weit kritischer als sein Nachfolger Nevile Henderson. Kennard war in seinem Bericht für den Außenminister der Meinung, der König brauche mehr Erfolg, als er vorzuweisen habe, denn eine Diktatur müsse schnell Wirkung zeitigen, sonst habe sie in den Augen der Bevölkerung keine Daseinsberechtigung. In Belgrad zirkulierten denn auch wilde Gerüchte, die Diktatur werde bald ein Ende finden. Nach Einschätzung des Botschafters konnte der König am

5 La Yougoslavie, 28. 12. 1929, S. 1; ebd., 1. 1. 1930.

6 Ebd., 22. 1. 1930.

7 Die Save-Banschaft war mit 40.535 km² etwas größer. Statistički godišnjak 1932, S. 40–41; Todorovski, Političkite celi, S. 113.

8 Skopski glasnik, 18. 3. 1939, S. 1.

9 Britanci 2, S. 146.

wenigsten Fortschritte hinsichtlich der Beziehung zwischen Serben und Kroaten vorweisen – und dies war eines der brennendsten innenpolitischen Probleme. Slowenien dagegen sei nicht unzufrieden, dort hätten sich die Belgrader Behörden aber auch nie stark eingemischt.¹⁰

R. W. Seton-Watson ließ im Mai 1930 einigen ausgewählten Leuten (Masaryk, Beneš, Maniu und Vaida aus Rumänien, Nevile Henderson) ein Memorandum zukommen, in welchem er sich zur Situation in Jugoslawien äußerte und ein vernichtendes Urteil über das neue Regime fällte. Er lehnte die Machtübernahme durch den König ab, der dadurch zu viel auf seine Schultern geladen habe, und hätte als Lösung aus der parlamentarischen Krise ein »non-party Cabinet of high officials« gesehen. So hatte der König sein ganzes persönliches Prestige in die Waagschale geworfen, ohne über ein Rückzugskonzept zu verfügen für den Fall, dass alles schief laufen sollte. Mittlerweile war auch klar, dass die Diktatur nicht von so kurzer Dauer sein würde, wie zunächst behauptet wurde. Seton-Watson war zudem enttäuscht, dass der König, wie schon vor der Machtübernahme, am liebsten Höflinge und Soldaten in Ämter hievt und Männer mit Rückhalt im Volk mied. Die Eliminierung der alten Parteien hatte seiner Meinung nach drei Gruppen Machtgewinn verschafft: der Bürokratie, den Militärs und, wie er sagte, gewissen Individuen, die ihre Prinzipien aufgaben und sich in den Dienst der Krone stellten. Jeden Tag trete der Polizeistaat deutlicher zutage.

Der britische Historiker und Publizist verurteilte gleichfalls die neue Gliederung des Staates, die auf der Unterdrückung der alten Namen und der historisch gewachsenen Strukturen in den Verwaltungseinheiten beruhte: »It [the regime] has rejected the only sound basis on which to build up the unity of the state, namely the historical provinces, which have their justification, not only in history and sentiment, but in geography, economics and cultural differences.«¹¹ Seton-Watson war zutiefst enttäuscht über die Entwicklung in Jugoslawien und fragte sich in einem Brief an Milan Ćurčin, ob er in den letzten 25 Jahren seines Lebens nicht besser etwas Gescheiteres getan hätte.¹² Der Herausgeber der liberalen Zagreber Zeitschrift *Nova Evropa*, die Seton-Watson selbst gegründet hatte, antwortete ihm beschwörend: »I repeat, the *regime is not Jugoslavia*, and you cannot after 25 years send to devil all of us who are working for the same purposes and ideals like yourself!«¹³

10 PRO, FO 371, 13707, C 7092, S. 177–179. Bericht von Sir Howard Kennard an den Außenminister Arthur Henderson. Belgrad, 16. 9. 1929.

11 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 193–196, 200.

12 Ebd., S. 206, 23. 9. 1930.

13 Ebd., S. 209. 14. 11. 1930.

Im Hinblick auf Makedonien schien jedoch ein Neubeginn möglich zu sein. Der König zeigte offensichtliches Interesse an dieser Region. So besuchte er 1930 erstmals seit dem 6. Januar 1929 Skopje – noch vor Zagreb.¹⁴ Kennard hatte auch in einem frühen Bericht gute Nachrichten für das Foreign Office. Am 27. Mai 1929 meldete er an Austin Chamberlain, dass ihm der König bei einer Audienz Meldungen über die »satisfactory conditions« in »Südserbien« bestätigt habe. Diese Region habe wohl am meisten vom Regimewechsel profitiert. Der König wolle dort nun eine Agrarreform durchführen, wobei Offiziere für die Verteilung des Großgrundbesitzes der Begs an die »makedonische Bevölkerung« sorgen sollten.¹⁵ In der Tat bestellte der König bereits Anfang Februar 1929 bei seinem Hofmarschall ein Exposé über »Südserbien«¹⁶, vor allem über die Gebiete südlich der Linie Šar-Planina–Skopje, was eine gewundene Umschreibung für Makedonien war. Insbesondere interessierte ihn die wirtschaftliche Lage. Der Hofmarschall forderte von den zuständigen Stellen vor Ort in erster Linie eine Liste jener Türken und ihres Landbesitzes an, die auswandern wollten oder leicht dazu bewegt werden konnten.¹⁷

Das britische Außenministerium traute dem schönen Bild, das Kennard zeichnete, jedoch nicht. Er wurde in einem Schreiben vom 6. Juni 1929 aufgefordert, sich kundig zu machen und Bericht zu erstatten, aufgrund welcher Voraussetzungen der König mit der Lage in »Südserbien« so zufrieden sei.¹⁸ Im September präziserte Kennard, die größten Erfolge seien in der Administration festzustellen. Es würden bessere Leute hingeschickt, der Standard von Effizienz und »honesty« sei beträchtlich gesteigert worden. Die schlimmsten Einflüsse der Politik auf die Verwaltung – bisher ein Hauptübel – hätten gemildert werden können.¹⁹ Diese Feststellungen Kennards diskreditieren rückwirkend seinen eigenen, bereits zitierten Bericht vom 26. Mai 1926, in welchem er der Beamtenschaft in Makedonien ein recht gutes Zeugnis ausgestellt hatte – jedenfalls im jugoslawischen Vergleich.²⁰

Die von oben geschürte Hoffnung, dass sich unter dem neuen Regime im Beamtenapparat einiges verbessern würde, hegte auch die Bevölkerung, was sich etwa darin ausdrückte, dass in Klagen an den König bemerkt wurde, es gebe leider auch

14 Britanci I, S. 671.

15 PRO, FO 371, 13707, C 3716, S. 112–112A, 118.

16 AJ, f. 74, 219/313, S. 252. Der Hofmarschall an den Minister für Agrarreform. Belgrad, 9. 2. 1929.

17 Ebd., S. 256. Der Hofmarschall an die Großžupane von Skopje, Štip und Bitola. Belgrad, 21. 2. 1929.

18 PRO, FO 371, 13707, C 3716, S. 112–112A, 118.

19 Ebd., C 7092, S. 177–179. 16. 9. 1929.

20 AVP RF, f. 4, op. 48, p. 296, d. 54325, Nr. 204. Bericht Kennards an Chamberlain, 26. 5. 1926.

nach dem 6. Januar 1929 gewissenlose Beamte.²¹ In der Tat könnte man die Auswirkungen der Königsdiktatur für Makedonien, zumindest in der ersten Zeit, als positiv einstufen, wenn auch mit einer eher zynischen Erklärung. Die Straffung des von der Bevölkerung als parasitär erlebten Beamtenapparates konnte sich nur günstig auswirken. Die Aufhebung der politischen Rechte dagegen war, so Katardžiev, für Makedonien ohne Bedeutung, da dort die Bürgerrechte ohnehin nie voll in Kraft waren.²² Der Bericht des britischen Vizekonsuls in Belgrad, C. L. Blakeney, der Makedonien im April 1930 bereiste, ließ jedoch auch am längerfristigen Erfolg im Kampf gegen die Korruption zweifeln und veranlasste das Foreign Office zu ganz anderen Schlüssen, als sie Kennard im Mai 1929 gezogen hatte:

»Serb-Macedonia itself is being ruled with an iron hand. [...] Unfortunately, the subordinate local officials appear to be in many cases venal in the extreme, a fact that gives rise to much criticism of the Central Government, which is only indirectly to blame for this state of affairs.« Obwohl die Einwohner zweifellos lieber unter bulgarischer Herrschaft stünden, würden sie die jugoslawische akzeptieren, sofern sie unbehelligt ihrer täglichen Beschäftigung nachgehen könnten.²³

Für Ruhe und Ordnung sorgte in Makedonien weiterhin, wie in den Zwanzigerjahren, eine hohe Zahl an Sicherheitskräften. Der britische Militärattaché, Major W. H. Oxley, der den Vizekonsul Blakeney auf der Reise begleitete, erhielt dazu von offizieller Seite folgende Angaben:

In der Vardar-Banschaft waren insgesamt 54.700 Mann im Einsatz, davon:

37 Kompanien Grenzwaŕche mit durchschnittlich 100 Mann	3.700
Gendarmerie	10.000
bewaffnete Bauern	25.000
drei Divisionen der regulären Armee	16.000

In allen Dörfern, die dreißig Kilometer und näher bei der bulgarischen Grenze lagen, durfte man sich nach Einbruch der Dunkelheit nur auf den Hauptstraßen bewegen. Dies war jedoch nach Oxleys Meinung keine Einschränkung, da die Leute ohnehin bei Sonnenuntergang ins Bett gingen. Der erste Ban, Źika Lazić, setzte große Hoffnungen in die 25.000 bewaffneten Bauern. Er erläuterte Oxley die Idee, dass die Bevölkerung selbst für ihre Sicherheit verantwortlich sein sollte. Auch Blakeney war beeindruckt von der Sicherheit in Makedonien und verglich

²¹ AJ, f. 74, 55/76, S. 183. Skopje, 10. 8. 1931.

²² Katardžiev, Makedonija, S. 13.

²³ PRO, FO 371, 14317, C 5316, S. 74. Central Department, 1. 7. 1930.

die Lage mit der türkischen Zeit, als man sich nur in Begleitung einer starken bewaffneten Eskorte durch das Land bewegen konnte. Allerdings: »[T]he only way the Serb could achieve this was by terrorism and the free and general use of the big stick.« Blakeney hatte aber ein gewisses Verständnis für diese rüden Methoden, denn der Serbe »had not only to deal with the brigands, but also with a population who regarded him as an invader and unwelcome foreigner and from whom he had and could expect no assistance«. ²⁴

Seton-Watson war auch im Hinblick auf Makedonien pessimistisch und misstrauisch: »The appointment of Bishop Varnava²⁵ is directly political and foreshadows a continuance of the strong hand in Macedonia. [...] This regime, like its predecessors, appears to understand nothing but forcible methods and to be incapable of the slightest concession to local sentiment. [...] The fact that the Croat problem unquestionably claims precedence over all other problems in the state, and therefore over the Macedonian, renders the latter in some ways more, not less, dangerous.« ²⁶

Dass eine Politik der starken Hand beabsichtigt war, zeigen bereits die Personalentscheidungen des Königs. Der erste Ban, Žika Lazić, war in den Zwanzigerjahren Chef der Abteilung für Öffentliche Sicherheit und in dieser Funktion stark mit der Bekämpfung der *komiti* und *kačaci* (albanische Freischärler) befasst und galt deshalb als »Spezialist in macedonischen Sachen«. »Er war vor der Diktatur der unabsetzbare Chef der sogenannten Staatssicherheit, ein Chef der Ohrana oder der GPU. Er war nur dem König unterstellt.« ²⁷ Am 13. Juli 1928 verübte ein Student ein Attentat auf ihn, von dem er sich aber schnell erholte. ²⁸ Nach der zugespitzten Formulierung von Pribičević verwandelte er die jugoslawische Polizei in eine »Räuberbande« und führte in den Gefängnissen mittelalterliche Foltermethoden für politische Gefangene ein. ²⁹ In seinem Wirkungsgebiet hinterließ er einen entsprechenden Ruf. Auch der nächste Ban, Dobrica Matković, kannte Makedonien gut, da er dort als Großžupan geamtet hatte. Er war es, der im März 1923 im Dorf Garvan 28 Männer und Knaben erschießen ließ, nachdem in einem Gefecht mit Freischärlern zwei Soldaten umgekommen waren.

24 Ebd., 14316, C 3840, S. 114–115. Bericht von Major W. H. Oxley und Kurzbericht von Vizekonsul Blakeney. Belgrad, 9. 5. 1930.

25 Varnava, aus dem montenegrinischen Plevlje gebürtig, war seit 1920 Metropolit von Skopje und wurde 1930 Patriarch. Er galt als reaktionär und war stark serbisch nationalistisch ausgerichtet.

26 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 198–199. Memorandum vom Mai 1930.

27 Ebd., S. 242. August Košutić (Vizepräsident der HSS) an Seton-Watson. Wien, 3. 7. 1932.

28 Britanci 1, S. 504.

29 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 244. Svetozar Pribičević an Seton-Watson. Paris, 5. 7. [1932].

Seton-Watson hielt dem Regime zwar zugute, dass in den letzten Jahren viel für das materielle Wohlergehen der Bevölkerung getan worden sei. Aber er stellte dennoch fest, dass diese infolge der Serbisierungspolitik sehr unzufrieden sei und immer noch die Hoffnung hege, ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen zu können.³⁰ Er täuschte sich allerdings, was die vermeintlichen Anstrengungen des Regimes zur Verbesserung der materiellen Lage angeht. Es war in erster Linie der gute Preis für Rohopium, der in den Zwanzigerjahren zu einer gewissen Hebung des Lebensstandards geführt hatte.³¹

1931 : Oktroyierte Verfassung und Scheinparlamentarismus

Um dem zunehmenden Unmut über das Andauern der Diktatur zu begegnen, erließ der König am 3. September 1931 kraft seiner erweiterten Machtbefugnisse eine neue Verfassung und führte einen Scheinparlamentarismus mit zwei Kammern ein. Die Minister waren allerdings nur dem König verantwortlich.³² Von den 96 Mitgliedern der kleinen Kammer, des Senats, setzte die Hälfte der König selbst ein, die anderen wurden gewählt, jedoch nicht von der Bevölkerung, sondern von Amtsträgern. Das Abgeordnetenhaus (*skupština*) hatte mindestens 306 auf vier Jahre gewählte Mitglieder. Um einer Zersplitterung der Parteienlandschaft nach ethnischen Kriterien, wie es in den Zwanzigerjahren der Fall gewesen war, zu verhindern, ließ ein Gesetz vom 19. September 1931 nur Parteien zu, die keine religiöse, rassische oder regionale Grundlage hatten und die in jeder Verwaltungseinheit die Unterstützung von mindestens sechzig Personen besaßen. Die Wahlen, von denen die Frauen weiterhin ausgeschlossen blieben, erfolgten öffentlich, direkt und nach dem Mehrheitswahlrecht. Zwei Drittel aller Sitze standen jeweils der Siegerliste zu. Die Führer der alten, nunmehr verbotenen Parteien riefen zum Boykott der ersten nach diesen Regeln am 8. November 1931 durchgeführten Wahlen auf, sodass nur die Liste der Regierung zur Wahl stand.³³ Bald nach diesen »Wahlen« gründete das Regime die Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie – 1933 in Jugoslawische Nationalpartei (*Jugoslovenska nacionalna stranka*) umbenannt – als Regierungspartei. Damit sollten eine gewisse Liberalisierung und die Rückkehr zum parteipolitischen Leben signalisiert werden.

30 Ebd., S. 198–199. Memorandum vom Mai 1930.

31 Cf. dazu den Abschnitt zum Rohopium im Kapitel »Landwirtschaft«.

32 Stiplovšek, Die verfassungsrechtliche Lage, S. 34–35.

33 Britanci 2, S. 38–41.

Den partikularen Nationalismen, die sich in den Zwanzigerjahren als so zerstörerisch erwiesen hatten, wurde mit einer Deklaration vom 4. Juli 1930 der Jugoslawismus, also das Bekenntnis zu einem übergeordneten jugoslawischen (National-) Bewusstsein, als verpflichtende »allgemeine Volksideologie« entgegengesetzt.³⁴ Dieses Vorgehen war jedoch zum Scheitern verurteilt. Die kroatische Opposition etwa konnte dem von oben verordneten Jugoslawismus nichts abgewinnen. Vladko Maček, seit dem Tod Radićs der Führer der Kroatischen Bauernpartei, äußerte dies in einem Brief an Seton-Watson vom 24. Februar 1932 ganz deutlich: Man müsse der Tatsache ins Auge sehen, dass ein jugoslawisches Volk nicht existiere. Es gebe in Jugoslawien das slowenische Volk, das kroatische, das serbische und das bulgarische. Weiter lebten dort Montenegriener, die ein Staatsbewusstsein ohne Nationalbewusstsein hätten; es gebe die Makedonier, die bis heute ohne nationales Bewusstsein seien. Erst wenn sie das freie Wort erhielten, könne man sagen, welche Propaganda dort gesiegt habe. Dann seien da noch die bosnischen Muslime, deren breite Massen ebenfalls kein Nationalbewusstsein besäßen. Die Intelligenz fühle allerdings heute kroatisch, auch wenn sie das nicht zu sagen wage.

Um den Staat zu retten, wollte Maček zum Ausgangspunkt von 1918 zurückkehren. Kroatien und Montenegro mussten ihre staatliche Souveränität anerkannt bekommen und ein eigenes Parlament wählen können. Die Einwohner von Bosnien-Herzegowina sowie der Vojvodina sollten in Plebisziten festlegen, ob sie eine eigene Einheit bilden oder sich Serbien, Kroatien oder Montenegro anschließen wollten. Nach dieser Teilung könnten die Parlamente von Kroatien, Serbien, Slowenien, Montenegro, Makedonien und allenfalls Bosnien und Vojvodina einen Bundesvertrag abschließen, in dem die gemeinsamen Aufgaben festgelegt würden.³⁵ Die Forderung nach einem Neuanfang und nach einer Revision der Verfassung im Sinne einer Föderalisierung blieb also für die Kroatische Bauernpartei zentral.

Verschiedene Regierungsumbildungen im Laufe des Jahres 1932 weckten teilweise die Hoffnung, das Regime könnte Schritte in Richtung einer Änderung des Staatsaufbaus unternehmen. So schrieb Dimitrija Šalev, ein im Exil lebender Makedonier, am 27. Juli 1932 an den britischen Labour-Abgeordneten Ben Riley, es werde vermutlich bald zu einem Regimewechsel kommen. »Et si les éléments de la vraie démocratie sont chargés de constituer le Gouvernement, nous aurons peut-être une organisation fédérative du pays.«³⁶ Als sich aber nichts bewegte,

34 Dimić, *Srbija i Jugoslavija*, S. 26–27.

35 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 220.

36 AJ, f. 37, 22/174, S. 321. D. Šalev an Ben Riley. Genf, 27.8.1932.

formierte sich die Opposition und trat an die Öffentlichkeit. In einer Resolution, den »Zagreber Punktationen«³⁷ vom 7. November 1932, kritisierte die Koalition von HSS und SDS (beide nunmehr verboten) scharf das Regime. Sie verurteilte die Diktatur und die serbische Hegemonie und verlangte eine Rückkehr zum Jahr 1918 und einen neuen Staatsaufbau, in welchem die Interessen aller berücksichtigt würden.³⁸ Die Punktationen stießen im ganzen Land auf großes Echo und veranlassten andere oppositionelle Gruppierungen zu ähnlichen Resolutionen. Die Anhänger der ehemaligen Slowenischen Volkspartei formulierten in den etwas milder gehaltenen »Punktationen von Ljubljana« ihre Forderungen nach Demokratisierung und Umgestaltung des Staates.³⁹ Auch die Opposition in der Vojvodina teilte dieses Begehren. Gemäß Pribičević wünschten dort alle Parteien Autonomie.⁴⁰ Ende Januar 1933 schloss sich die JMO mit den »Punktationen von Sarajevo« der Protestwelle an.⁴¹ 1933 forderten auch die serbischen Oppositionspolitiker Aca Stanojević und Ljuba Davidović politische Rechte und einen Umbau des Staates.⁴² Das Regime blieb diesen Forderungen gegenüber jedoch taub. Von einer Lockerung des politischen Lebens konnte keine Rede sein. Als Ergebnis der Punktationen wurde Maček vor Gericht gestellt und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, Korošec bis Oktober 1934 auf der Insel Hvar interniert, andere Beteiligte erhielten Bußgelder auferlegt.⁴³

Die nächsten Wahlen fanden am 15. Oktober 1933 auf Gemeindeebene statt. In der Vardar-Banschaft traten in 440 Gemeinden 1.113 Kandidaten an, von denen 1.084 der Regierungspartei Jugoslawische Nationalpartei angehörten. Siebzig Prozent der Berechtigten gingen an die Urne.⁴⁴ In welcher Weise diese Wahlen vom Regime gesteuert wurden, veranschaulicht das Beispiel der Gemeinde Bukovo bei Bitola. Der Polizeichef des Bezirks (*okolija*) ließ einige Tage vor den Wahlen aus jedem Dorf zwei angesehene Bauern kommen und schüchterte sie ein, damit sie es nicht wagten, ihre Stimme dem missliebigen Kandidaten Bogoja Fotev zu geben, der mit einer eigenen Liste antrat. Fotev beklagte sich deswegen beim Wahlinspektor, der ihn aber wissen ließ, der Polizeichef habe richtig ge-

37 Die Wortwahl war Programm, denn »Punktation« bedeutet: Nicht bindender Vorvertrag, vorläufige Festlegung der Hauptpunkte eines künftigen Staatsvertrages.

38 Jugoslavija 1918–1988, S. 335–336.

39 Stiplovič, Verfassungsrechtliche Lage, S. 36.

40 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 261. Svetozar Pribičević an Seton-Watson. Paris, 13.1.1933.

41 Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, S. 81.

42 Britanci 2, S. 181.

43 Hronologija, S. 204; Britanci 2, S. 147.

44 Istorija na makedonskiot narod 3, S. 83–84.

handelt. Er habe ja nicht zulassen können, dass in einer der größten Gemeinden in Stadtnähe ein Kommunist gewählt werde. Auf die Entgegnung Fotevs, das Bezirksgericht von Bitola habe seine Liste registriert und genehmigt, meinte der Inspektor, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sei nicht das Gericht zuständig, sondern die Polizei. Zudem sei seine Liste umso verdächtiger, als sie mit keiner der serbischen Parteien verbunden sei. In der Folge stimmten einzig die Einwohner von Bistrica für Fotevs Liste, weil der Bauer aus diesem Dorf, der die Anweisungen und Drohungen des Polizeichefs hätte überbringen sollen, dies aus Verbundenheit zu Fotev unterließ.⁴⁵

Die Jahre der Königsdiktatur mit den scharfen Reaktionen des Regimes auf alle oppositionellen Äußerungen und mit strenger Pressezensur lagen wie eine bleierne Decke über dem politischen Leben im Land. Wer sich dennoch betätigen wollte, musste dies über äußerlich unverfängliche Vereinigungen tun, so wie jene jungen Aktivisten in Prilep, die 1932/33 eine Nüchternheitsloge gründeten und diese legale Form für illegale Tätigkeiten nutzten.⁴⁶ Besonders häufig waren solche Aktivitäten jedoch nicht. Die Zeit der Königsdiktatur fiel mit der Weltwirtschaftskrise zusammen, sodass sich weithin, insbesondere auch in Makedonien, Lethargie breit machte. Die Agrarpreise, unter anderem jene für Rohopium und Tabak, brachen zusammen, für breiteste Schichten der Bevölkerung wurde das wirtschaftliche Überleben zur wichtigsten Aufgabe.

Die außenpolitische Lage Jugoslawiens präsentierte sich in den Jahren der Königsdiktatur ähnlich düster wie die innenpolitische. Fast zu allen Nachbarn herrschten weiterhin gespannte bis feindselige Beziehungen. 1934 gelangen jedoch einige diplomatische Erfolge. Am 9. Februar wurde zwischen Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und der Türkei der Balkanpakt geschlossen, der sich in erster Linie gegen den Revanchismus Bulgariens richtete. In Jugoslawien wurde das Abkommen als Errungenschaft betrachtet. Sundhaussen weist aber zu Recht darauf hin, dass der Pakt, gerade wegen des Fehlens von Bulgarien, in erster Linie die bestehenden Spannungen in Südosteuropa konservierte.⁴⁷ Um aus der außenpolitischen Isolation herauszukommen – was in erster Linie die Annäherung an Jugoslawien voraussetzte –, entschloss sich die am 19. Mai 1934 durch einen Putsch an die Macht gekommene neue Regierung Bulgariens, die IMRO zu zerschlagen. Ein weiterer Grund für diese Entscheidung lag in der Sorge um die staatliche Integrität, da die IMRO im bulgarischen Teil Makedoniens, ihrer Basis,

45 Krstevski-Koška, *Bogoja Naumov Fotev*, S. 87–88.

46 Adži Mitreski, *Sekavanja*, S. 49, 51.

47 Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens*, S. 88.

eine Art Staat im Staat errichtet hatte, was in immer größeren Kreisen der bulgarischen Öffentlichkeit Besorgnis und Ablehnung hervorrief. Am 14. Juni 1934 wurden sämtliche Parteien verboten und somit auch die IMRO. Die Problemlosigkeit, mit welcher sich anschließend diese bis dahin mächtige und bis an die Zähne bewaffnete Organisation auflösen ließ, zeigt, wie eng die Verbindungen zwischen der bulgarischen Regierung und der Organisation waren.⁴⁸ Der jugoslawische König stattete daraufhin am 27. September Sofia einen erfolgreichen Besuch ab. Die Beziehungen zu Albanien konnten ebenfalls verbessert werden, an die Türkei erfolgte eine Annäherung. Zu Italien blieb das Verhältnis allerdings gespannt. Der britische Botschafter war seit Jahren davon überzeugt, dass Italien mit allen Mitteln – von Krieg abgesehen – auf eine Zerstörung Jugoslawiens hinarbeitete.⁴⁹

Auch innenpolitisch scheint der König eine Neuausrichtung erwogen zu haben. Er plante offenbar, Maček aus der Haft zu entlassen und zusammen mit ihm das serbisch-kroatische Problem anzupacken.⁵⁰ Alexanders Ermordung durch eine makedonisch-kroatische Verschwörergruppe am 9. Oktober 1934 in Marseille kam diesen Plänen zuvor. Die Erschütterung war überall in Jugoslawien groß, und vorübergehend einte die Trauer um den König das Volk. Der britische Botschafter meinte etwas pathetisch, durch die Art seines Todes habe der König den größten Beitrag zu dem geleistet, was ihm am meisten am Herzen lag, nämlich Jugoslawien.⁵¹ Allerdings konnte die Trauer als integrierender Faktor naturgemäß nicht lange vorhalten.

Für den noch minderjährigen König Petar wurden drei Regenten eingesetzt: Prinz Paul, ein Cousin des ermordeten Königs; Radenko Stanković, Medizinprofessor, ein Freund Alexanders, der 1932 bis 1934 Bildungsminister gewesen war; und Ivo Perović, Jurist, seit 1931 Ban der Save-Banschaft.⁵² Die Besetzung zeigt das Bestreben, den Hof, die Serben und die Kroaten als die wichtigsten politischen Faktoren an der Macht zu beteiligen. Die ausgewählten Männer als solche wiesen allerdings keine herausragenden Qualitäten auf. Während der britische Botschafter wenigstens vom anglophilen Prinzregenten Paul begeistert war⁵³, bezeichnete der unerbittliche, nicht selten auch ungerechte Svetozar Pribićević alle drei als

48 Todorovski, VMRO 1924–1934, S. 240, 248.

49 Britanci 2, S. 223–224, 227, 228.

50 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 359. Seton-Watson in einem Memorandum für das Foreign Office vom 21. 9. 1939; Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, S. 82.

51 Britanci 2, S. 227, 228.

52 Ebd., S. 266.

53 Ebd., S. 230.

»Nullen«. Perović sei dazu »une brute« und in Kroatien und Dalmatien verhasst.⁵⁴ Aber auch Seton-Watson fand, dass die Regenten das Machtvakuum nicht ausfüllen konnten. Ihnen fehlten Erfahrung, Einigkeit und Prestige, die Diktatur blieb ohne Diktator.⁵⁵ Er ortete damit genau wie der britische Botschafter 1928 einen akuten Mangel an herausragenden Persönlichkeiten, welche das Heft in die Hand hätten nehmen können.

Die Ära Stojadinović, 1935–1939: Wirtschaftliche Erholung, politische Belebung

Am 6. Februar 1935 löste die Regierung Jevtić das Parlament auf und kündigte für den 5. Mai Neuwahlen an. Das politische Leben flammte nun auf breiter Ebene auf. Anders als noch 1931 riefen die alten Parteien nicht zum Boykott auf, sondern wurden aktiv und schlossen sich zusammen. Die HSS, die Demokraten, die Agrarier, die JMO und ein Teil der Radikalen formierten sich zur Vereinigten Opposition (*Udružena opozicija*) und stellten Maček als Träger ihrer Wahlliste auf. Auch die Kommunisten, von denen Maček nichts wissen wollte, unterstützten diesen. Daneben traten der faschistoide Dimitrije Ljotić und der frühere Innenminister Boža Maksimović mit je einer eigenen Liste an. Der Wahlkampf und die Wahl selbst waren von großen Unregelmäßigkeiten und von Fälschungen begleitet. Die Regierungspartei erhielt 1,747 Millionen Stimmen und 303 Sitze, die Opposition 1,076 Millionen Stimmen und infolge des Mehrheitswahlrechts lediglich 67 Mandate. Die Kroatische Bauernpartei protestierte umgehend und forderte demokratische Neuwahlen. In der Vardar-Banschaft gewann das Regierungslager mithilfe der üblichen Einschüchterungen und Fälschungen 44 Mandate, die Opposition lediglich eines. Die Mehrheit der gewählten Abgeordneten war nicht makedonischer Herkunft, viele lebten nicht einmal in der Banschaft.⁵⁶ Dieses Ergebnis veranlasste Pribičević zur maliziösen Feststellung: »La Macédonie [sic!], naturellement, a voté presque à l'unanimité pour le gouvernement.«⁵⁷

Für die Regierung Jevtić bedeutete das gute Abschneiden der Vereinigten Opposition eine Niederlage, die zu ihrem Sturz führte. Ende Juni betraute Prinz Paul Milan Stojadinović, der eher zu den Gegnern der Diktatur gerechnet wurde, mit der Regierungsbildung. Seton-Watson beurteilte diese Wahl positiv: Prinz Paul,

54 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 297. Svetozar Pribičević an Seton-Watson. Paris, 5. 11. 1934.

55 Ebd., S. 359. Seton-Watson in einem Memorandum für das Foreign Office vom 21. 9. 1939.

56 Istorija na makedonskiot narod 3, S. 90–93.

57 R. W. Seton-Watson and the Yugoslavs 2, S. 309. Svetozar Pribičević an Seton-Watson. Paris, 15. 5. 1935.